

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 33. Für unvorlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Angabenpreis: Die Abnehmer des Tagesblattes zahlen für den Monat 1,20 Mk., für den halbjährlichen 6,00 Mk., für den jährlichen 11,00 Mk. Die Abnehmer des Sonntagsblattes zahlen für den Monat 0,50 Mk., für den halbjährlichen 2,50 Mk., für den jährlichen 4,50 Mk. Die Abnehmer des Sonntagsblattes zahlen für den Monat 0,50 Mk., für den halbjährlichen 2,50 Mk., für den jährlichen 4,50 Mk. Die Abnehmer des Sonntagsblattes zahlen für den Monat 0,50 Mk., für den halbjährlichen 2,50 Mk., für den jährlichen 4,50 Mk.

Nr. 42

Donnerstag, den 20. Februar 1919

14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit dem Staatenauschuß beschlossen, die Farben schwarz-rot-gold als Nationalfarben anzunehmen.

Die neuen Steuerborlagen, vor allem die Kriegsteuer, Besitzsteuer und Zuzugssteuergesetze werden in ungefähr vierzehn Tagen dem Staatenauschuß zur Beratung zugehen.

In Paris verläutet an unterrichteter Stelle daß der endgültige Text des Präliminarfriedens Deutschland Mitte März vom Verband mitgeteilt werden wird. Für die Beantwortung würde der deutschen Regierung eine Frist von etwa einer Woche gelassen werden.

Der Nationalversammlung wird nunmehr ein Antrag vorgelegt werden, wonach die Reichsregierung sich sofort mit der Regierung Deutsch-Oesterreichs wegen Herbeiführung des Anschlusses in Verbindung setzen soll.

Auf Clemenceau wurden gestern fünf Schüsse abgegeben; er wurde an der Schulter verwundet.

Wie das Neueste berichtet, erhielt Lloyd George die dringende Aufforderung, nach Paris zu kommen. Morgen Vormittag wird er abreisen.

Ein Anschlag auf Clemenceau.

Wie aus Paris gemeldet wird, wurden gestern früh auf Clemenceau, als er in sein Auto stieg, fünf Schüsse abgegeben. Clemenceau wurde am Kopf verwundet.

Weitere Meldungen betreffen: Clemenceau wurde an der Schulter, nicht, wie früher gemeldet, am Kopf verwundet. Sein Zustand wird anscheinend nicht als gefährlich angesehen. — Ein Funkpruch des Eisenseltes teilt mit: Mittwoch früh gegen 9 Uhr wurde im dem Augenblick, als Clemenceau, der von seinem Hause kam, im Automobil die Gasse der Frankfurterstraße passierte, ein Attentat verübt. Es wurden auf den Ministerpräsidenten mehrere Revolvergeschosse abgegeben, die ihn jedoch nur leicht verletzten. Ganz ruhig kehrte er nach Hause zurück und sagte zu den ihn umgebenden: Das ist nichts. Er zeigte keinerlei Erregung. Vollkommen benachlässigten sich eines Unbekannten, der zu entkommen versuchte, aber von Vorübergehenden festgenommen wurde. Der Festgenommene erklärte: Ich bin zu heilig. Clemenceau konnte zu Fuß nach Hause zurückkehren. Sein Zustand ist keineswegs besorgniserregend.

Da nähere Angaben noch nicht vorliegen, so kann man nicht sagen, auf welche Beweggründe der Anschlag zurückzuführen ist. Möglich, daß es sich nur um irgend einen privaten Machtwort handelt, möglich aber auch, daß dem Anschlag politische Ziele zugrunde liegen. Die Nachrichten, die trotz der strengen gehandhabten Zensur über die steigende feindselige Haltung der Linksozialisten gegen das diktatorische Gebaren Clemenceaus durchgedrungen sind, lassen die Vermutung zu, daß von dieser Seite der Plan gefaßt sein könnte, den Verdachten zu beseitigen, gewissermaßen als Revanche für die immer noch ungeklärte Ermordung Jaurès. Insbesondere dabei auch die sozialistische Bewegung gegen die Verhinderung des Friedensschlusses und der Demobilisation durch Clemenceau mitgespielt haben mag, muß dahingestellt bleiben. In jedem Falle ist der Vorgang eine ernste Mahnung an die französischen Machthaber, den Bogen nicht noch weiter zu überspannen. Wundern sollte es uns nicht, wenn die französische Hauptzeitung ihre Leserschaft glauben zu machen sucht, daß deutsche Einflüsse bei dem Anschlag mitgewirkt hätten. In dieser Hinsicht müssen wir gerade bei den Franzosen selbst auf die unflätigsten Anschuldigungen gefaßt sein.

Kriegsminister Reinhard vor der Nationalversammlung.

Montag, 19. Februar.

Eine gewisse Erschöpfung ist heute dem großen Tage von gestern gefolgt. Die Sitzung beginnt mit einem Nachspiel des gestrigen Geschehens. Herr Erzberger kommt bei Begründung des Gesetzentwurfes wegen der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebsanstaltungen noch einmal auf den gestrigen Konfliktstoff zurück, und nach ihm hält der Minister des Reichs-

arbeitsamtes Bauer einen Vortrag über die Wohnungsnot und die Bautätigkeit, für welche 300 Millionen gefordert werden. Dann erscheint der preussische Kriegsminister Oberst von Reinhardt, nach Herrn Noske wohl der bestgehaltene Mann in Deutschland, auf der Rednertribüne, um sich gewissermaßen dem Hause vorzustellen. Er gibt der Stimmung der der Regierung treugebliebenen Truppen Ausdruck und bespricht den neuen Krieg im Lande gegen Sparta usw., häufig unterbrochen von der Opposition auf der Linken. In der Lösung der

Franz Luxemburg und Diebstahl

nimmt er unter großer Unruhe der Unabhängigen kurz Stellung, um auszuführen: Von Rußland her hat die bolschewistische Bewegung auch bei uns Eingang gefunden. Unsere Truppen müßten hiergegen von neuem den Kampf aufnehmen. Daß hierbei Holz Luxemburg und Diebstahl ums Leben kamen, kann ich als Soldat nur auf's Heftigste bedauern. Ich kann versichern, daß die Gardebataillon-Schützen-Division das Nötige zur Feststellung des Falles und zur Bestrafung der Schuldigen veranlassen wird. Ich werde den Tag segnen, wo die Verwendung der Truppen als Polizeitruppen aufhören kann. In diesem Sinne kann ich noch mitteilen, daß die Regierung schon den Plan gefaßt hat, die Militärstrafgerichtsordnung so umzuwandeln, daß rein bürgerliche Straftaten vor die bürgerlichen Gerichte kommen sollen. Das Zukunftsheer wird sehr beschaffen sein. Die Soldatenräte oder Vertrauensleute werden bei der Verwendung der Truppe in ihrem ganzen inneren Leben ebenso eifrig mitwirken können, wie sie die Führung und Verwendung des Kommandos übernehmen müssen. Die Feind auf die Republik zu verpflichten sind.

Als der Kriegsminister die Frage der Soldatenräte streifte, kam es zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen zu stürmischen Auseinandersetzungen. Der Präsident mußte eingreifen und hat unter allgemeiner Heiterkeit, die freundhaftliche Aussprache, welche über die Hände hinweg eingesetzt hat, eingeschränkt. Einen besonderen Meis der heutigen Sitzung bildete das

Erscheinen der ersten Frau auf der Rednertribüne

In der Nationalversammlung: der Sozialdemokratin Marie Juchacz. Die Frauen, deren Zahl ja nur gering ist unter den Abgeordneten, haben sich bisher wenig bemerkbar gemacht. Das Unerwartete der Erscheinung wird durch die Gewohnheit wohl bald befestigt werden. Frau Juchacz gewinnt schon mit dem ersten Worte das Interesse des Saales mit der ungewöhnlichen Anrede: Meine Herren und Damen, welche eine Verbeugung des neu eingehenden Geschlechts vor den bis herigen alleinigen Inhabern der Abgeordnetenliste darstellt. Was sie sagt, steht an Bedeutung sichtlich hinter der Tatsache zurück, daß sie überhaupt redet. Sie bringt der Revolution, die das weibliche Geschlecht von der Unmündigkeit befreit habe, den Dank der Frauen, aber was sie an Forderungen gewissermaßen als Arbeitsprogramm in der Nationalversammlung bezeichnet, darf allseitig auf Zustimmung rechnen. Sie stellt die Richtlinien auf für die Mitarbeit der Frauen beim Aufbau des Wirtschaftslebens und in der Verwaltung. Ueber die wirtschaftlichen Aufgaben der Zeit verbreitet sich nach ihr ausführlich der Zentrumabgeordnete Meisz. Insbesondere widmet er der Industrieindustrie eine eingehende Darstellung und stellt die Forderung auf, daß die Kriegsgesellschaften noch nicht aufgelöst werden dürfen.

Ein Vertreter des besetzten Gebietes

nimmt dann der Demokrat Justizrat Falk aus Aßlar das Wort zu einer langen Rede über die Gelden, die das von ihm vertretene Land in diesen Tagen ertragen muß. Er zählt einzelne Fälle auf, in denen die Entente in ungerechter Weise vorgegangen ist, fordert aber auch von der Reichsregierung, daß sie die Opfer der Bevölkerung nicht durch ungewisse Maßnahmen vermehre. Die Rede ist für die Stimmung in den Grenzgebieten sehr kennzeichnend. Sie zeigt, daß das Nationalgefühl in diesen Teilen des Reiches, die der feindlichen Gewalt herrschaft unmittelbar ausgesetzt sind, wesentlich stärker erhalten ist, als in den unbedingten Gebieten. Erzberger antwortet auf die von Falk gestellten Fragen und Wünsche und schließt mit einem vom ganzen Hause stürmisch begrüßten

Appell an das Volk Strass in Genf

zugunsten unserer Kriegsgefangenen.

Erzberger sagte: Die Ueberzeugung der Bestimmungen des Waffenstillstandes namentlich durch die Franzosen geht über alles erdachtliche Maß hinaus. Der Eisenbahndirektionspräsident in Saarbrücken ist zu acht Ta-

gen Stubenarrest verurteilt worden, weil er nach Meinung der Franzosen nicht entschlossen genug auf die Eisenbahnarbeiter dahin eingewirkt haben soll, an Stelle des Achtstundentages den Neunstundentag einzuführen. Die französischen Anzeigenschriften auf das Saargebiet weisen wir etappenmäßig zurück. Die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen ist eine Barbarei. Ich richte an dieser Stelle einen offenen Appell an das Volk Strass in Genf. Möge es jetzt seine hohe sittliche Mission dahin auflassen, daß wir unsere Gefangenen zurückerkennen. — Unter dem Eindruck dieser Kundgebung, die leider durch einen äußerst verfehlten Protestruf des unermüdeten Herrn Daase getrübt wurde, beschloß das Haus die Beratung auf den heutigen Donnerstag nachmittags 2 Uhr.

Verstärkte Waffenstillstandsbedingungen?

Wie aus Paris gemeldet wird, solle die endgültige Formulierung der Waffenstillstandsbedingungen durch den Obersten Kriegsrat der Alliierten am Donnerstag erfolgen. Es werden tatsächlich die von den englischen und französischen Vertretern stärkeren Bestimmungen enthalten, aber als Kompensation die hinwiederum Verpflichtung der Alliierten in sich schließen, Deutschland mit Rüstungsmitteln zu versorgen.

Weiters Sonderberichterstatter meldet aus Paris vom 18. d. Mts.: Der Hauptvorschlag, der den in hohem Maßstabkureau tagenden Waffenstillstandskommissionen vorgelegt wurde, habe die Herabsetzung der militärischen Stärke Deutschlands auf den Friedensstand, der ihm beizulegen werde, zum Ziele. Man versuche, für die militärische Stärke ganz Europas eine dauernde Norm festzusetzen, auf welche die alliierten Mächte nach Unterzeichnung des Friedens ihre militärische Stärke allmählich herabsetzen würden. Augenblicklich aber müsse man die Zahl der Truppen festsetzen, die Deutschland behalten dürfe und auf die es seinen Bestand sofort herabsetzen müsse. Ingleich mit der Herabsetzung von Mannschaftsbestand und Kriegsmaterial müsse auch eine entsprechende Verminderung der Leistungsfähigkeit Deutschlands stattfinden, Geschosse und Munition zu erzeugen. Dies müsse die Herstellung oder die Umwandlung eines gewissen Teiles seiner Rüstungswerke zur Folge haben. Die Alliierten hätten außerdem die Absicht, auf der Entmilitarisierung gewisser deutscher Provinzen zu bestehen. Dies bedeute, daß Deutschland verboten werde, in diesen Gebieten Truppen zu haben. Auf diese Weise könne den französischen Forderungen bezüglich des linken Rheinufers und der Sicherheit der Ostgrenze Frankreichs entsprochen werden. Es ist in der Nacht zum Mittwoch in Paris eingetroffen. Es wird erwartet, daß die Vorschläge der Mitarbeiter der Waffenstillstandskommission zu Beginn der nächsten Woche für die Ueberreichung an die Deutschen bereit sein werden.

Die Verhandlungen über die Lieferung von Lebensmitteln.

Ueber die letzten Verhandlungen in Spa und Trier über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln teilt das hiesige Nachrichtenbüro der deutschen Kommission für Lebensmittelbeschaffung und für Finanzierung, Unterstaatssekretär v. Braun, folgendes mit: Die Frage, wie die amerikanischen Lebensmittel beschafft werden sollen, ist noch nicht geregelt, und daher ist eine

Wischer noch nicht zu erwarten, auch die Einfuhr von 80 000 Tonnen Fett und 250 000 Tonne Milch, deren Lieferung schon vereinbart war. Die Vertreter Amerikas und der Entente haben nämlich mitgeteilt, daß eine Kreditgewährung an Deutschland ausgeschlossen sei. Deutschland könne zahlen. Herr v. Braun habe darauf ausführlich erwidert. Kommt die Lebensmittelbeschaffung wegen Kreditverweigerung nicht zu stande, so müssen uns die Schiffe bleiben, damit wir uns bei anderen Ländern versorgen können. Die Ausführungen v. Brauns machten auf die Mitglieder der Entente-Kommission großen Eindruck. Sie erboten schriftliche Uebermittlung der Darlegung; doch war die Kommission nicht berechtigt, die Kreditfrage nochmals aufzurollen. Es wurden jedoch neue Ueberlegungen über weitere Lebensmittelbeschaffungen von 250 000 Tonnen zum Preise von ungefähr 11½ Millionen Pfund Ster-

ung.
gerabfuhr.
Grubenvä.
des Kriege
sind un
ieder gewö
der Gruben
nen Grlechte.
lagenden We
e bis zu 60
er Stabi.
ellung. —
EIN.
ge, Pelschafte,
ederhalter,
Arm-
.
Wettinwv.17
Fernspr. 161
n schnellsten
teilung
heko
de Erinnerung
Waffeninstrum
neu aufpolier
— Beschäftig
die dieselben
n anderer Paas
nach auswärts
Fred Mal
ge
fen empfiehlt
idau
/33.
E.
erhalte Berord
freie Zulass
entwurf des W
wur bereitwill
s. Um genau
wird gebete
Kimba
n
Pianos, Klänge
te. Instrumente
abt. — Recl
ngen aus Piano
gewesen.
red Mal
7. Fernruf 17
ie
chubzung
t zu machen.
Sie nur
etwachsleberpu
rin
a und Wach
as Leder wasser
uerhalt erhell
ie die verfeiste
offer Bitterung
auch bei Regen
halten.
o beliebten Par
sches Robert
Schöppingen.
Transport
ertel
g 8 Uhr.
Kirchen L. Wul
inde
antum
erwerfe.